

STADT BALINGEN

Der Oberbürgermeister

Herr Ministerpräsident
Winfried Kretschmann, MdL
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Balingen, 2. Mai 2022

Gemeinderatsbeschluss zum geplanten KSK-Absetzgelände im Bereich der Staatsdomäne Waldhof

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

seitdem in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass das Land Baden-Württemberg beabsichtigt, die im Eigentum des Landes befindliche Staatsdomäne Waldhof, die derzeit verpachtet und landwirtschaftlich genutzt wird, künftig sowohl für die KSK-Einheit in Calw als auch für die US-Streitkräfte als Absetzgelände für Fallschirmsprungübungen an insgesamt 120 Absetztagen nutzen zu wollen, wird dieses Thema in der Öffentlichkeit heftig diskutiert und erhitzt die Gemüter zusehends.

Neben dem Verlust der bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen, die dringend zur Nahrungsmittelproduktion benötigt werden, wird insbesondere eine enorme Lärmbelastung durch den Fluglärm an den insgesamt 120 Absetztagen befürchtet.

Auch wenn sich das Gelände der Staatsdomäne Waldhof nicht auf der Gemarkung der Stadt Balingen befindet, wird von der hiesigen Bevölkerung, insbesondere in unserem Ortsteil Erzingen, der unmittelbar an die Staatsdomäne angrenzt, die geplante Einrichtung dieses Absetzgeländes kategorisch abgelehnt.

Die am 22. März d.J. vom Staatsministerium unter Beteiligung der Bundeswehr durchgeführte Informationsveranstaltung in der Schlossparkhalle in Geislingen hat bisher noch viele Fragen offen gelassen. Leider wurde bei dieser Veranstaltung auch bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Eindruck erweckt, als sei die Entscheidung pro Waldhof bereits gefallen und dass nun nur noch über die Art und Weise der Umsetzung diskutiert werden kann.

Letztendlich hat dieser Eindruck nun dazu geführt, dass die zwischenzeitlich gegründete Bürgerinitiative Waldhof auf alle politischen Gremien, Abgeordnete, Gemeinderäte und Kreisräte zugegangen ist und sich dabei deutlich gegen das Absetzgelände auf dem Waldhof ausspricht.

Mit dem beigefügten Schreiben vom 29. März 2022 hat sich die Bürgerinitiative auch an alle Fraktionen im Gemeinderat der Stadt Balingen gewandt und die Fraktionen gebeten, sie im Kampf für den Erhalt des Waldhofs als landwirtschaftliche Nutzfläche zu unterstützen.

Aufgrund dieses Schreibens wurde dann auf Antrag aus der Mitte des Gemeinderates das Thema in der öffentlichen Sitzung am 26. April 2022 diskutiert.

Im Vorfeld zu dieser Diskussion wurde mit Datum 16. April 2022 vom Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen die ebenfalls beigefügte Stellungnahme mit einer deutlichen Ablehnung des geplanten KSK-Absetzgeländes veröffentlicht. An dieser Stellungnahme haben außer den Vorständen des Kreisverbandes Zollernalb und des Ortsverbandes Balingen auch die Grünen-Mitglieder der Fraktionen im Kreistag Zollernalbkreis, im Gemeinderat Balingen und im Gemeinderat Geislingen mitgewirkt.

Das Schreiben der Bürgerinitiative Waldhof und die Stellungnahme des Kreisverbandes Zollernalb von Bündnis 90/Die Grünen waren dann auch Basis der Wortbeiträge aus den einzelnen Fraktionen.

Über alle Fraktionen hinweg wurde bemängelt, dass die bisherigen Informationen zu den Auswirkungen des KSK-Absetzgeländes nicht ausreichend seien und dass insbesondere transparente Vergleiche zu Alternativen bisher nicht aufgezeigt wurden. Unverständnis wurde insbesondere dahingehend geäußert, dass die ansonsten seitens des Landes Baden-Württemberg verfolgte restriktive Politik im Hinblick auf die Außenentwicklung bei Wohn- und Gewerbegebieten hier offensichtlich nicht ange-

wandt wird und nicht bereits durch Fluglärm oder anderweitig bereits vorbelastete Flächen, wie Truppenübungsplätze, vorrangig ins Visier genommen werden.

Insgesamt wurde kritisiert, dass sowohl mit den direkt betroffenen Landwirten als auch mit den Anliegern des Geländes keine direkten Gespräche geführt, die Sorgen und Bedenken nicht aufgegriffen und somit die Politik des Gehörtwerdens hier nicht beachtet wird. Aus allen Fraktionen wurde deshalb ein deutlich offenerer und transparenterer Dialog zwischen den Vertreter der Landesregierung und den Betroffenen gefordert.

Im Anschluss an die sehr ausführliche Diskussion wurde folgender Beschluss einstimmig über alle Fraktionsgrenzen hinweg gefasst:

„Die Stadt Balingen fordert, dass seitens des Staatsministeriums Baden-Württemberg und seitens der Bundeswehr

1. neben der Staatsdomäne Waldhof auch andere Alternativen, insbesondere das Fluggelände Eutingen, der Truppenübungsplatz Heuberg, der ehemalige Truppenübungsplatz Münsingen sowie der Flugplatz Rottenburg-Hailfingen als Absetzgelände ernsthaft in transparenten und objektiven Verfahren geprüft und die Gutachten und Ergebnisse dieser Prüfungen der Öffentlichkeit vollumfänglich zugänglich gemacht werden und
2. die noch offenen Fragen in Bezug auf die Staatsdomäne Waldhof als Absetzgelände insbesondere zur landwirtschaftlichen Nutzung, zur Lärmbelastung durch den Flugverkehr sowie zu den sonstigen Umweltauswirkungen möglichst rasch gutachtlich geklärt und gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert werden.“

Bei der Diskussion und Beschlussfassung waren auch zahlreiche Mitglieder der Bürgerinitiative Waldhof anwesend, die die gefassten Beschlüsse deutlich vernehmbar begrüßten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie inständig, dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere die im Beschluss genannten Alternativen ernsthaft geprüft und der Bevölkerung hier vor Ort die Ergebnisse dieser Prüfungen offen und transparent dargestellt werden, damit sich bei den Menschen nicht nachhaltig der Eindruck verfestigt, alles sei schon entschieden und ihre Anliegen würden nicht gehört und nicht ernst genommen werden.

Außerdem muss insbesondere auch den Betroffenen nachvollziehbar aufgezeigt werden, welche Verfahrensschritte durchlaufen werden müssen, sowohl in Bezug auf das geplante Absetzgebiet Waldhof als auch auf die Alternativen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich persönlich für diesen Dialog mit unserer Bürgerschaft einsetzen würden. Nur so kann das Vertrauen in eine verlässliche und dem Bürger zugewandte Landespolitik bei den Menschen hier vor Ort zurückgewonnen werden, wenn deutlich gemacht wird, dass die Tür für die Suche nach alternativen Standorten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht geschlossen ist.

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen aus Balingen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Helmut Reitmann', is written over the printed name and title. The signature is stylized and cursive.

Helmut Reitmann
Oberbürgermeister



Bürgerinitiative Waldhof
Tobias Vötsch/ Tobias Hölle
Danneckerhof 1
72348 Rosenfeld
mail@initiative-waldhof.de

Rosenfeld, den 29.3.2022

An den
Fraktionsvorsitzenden
und die Fraktion der CDU
im Gemeinderat der Stadt Balingen

Sehr geehrter Herr Hahn, sehr geehrte Damen und Herren,
seit wir Bürger vor ein paar Wochen aus der Presse erfahren mussten, dass auf dem Gelände des Waldhofs ein Absetzgelände für Fallschirmspringer der KSK Einsatztruppen und der US Streitkräfte geplant ist, wächst der **Widerstand in der Bevölkerung**, gegen dieses Vorhaben, der auch zur Gründung der **Bürgerinitiative Waldhof** führte.
Inzwischen zählt die Initiative zahlreiche Mitglieder und hat in ihrer Petition an Landrat und Landtag bereits fast 4000 Unterstützer gefunden.

In der **Informationsveranstaltung** des Staatsministeriums am 23.3.2022 wurde uns Bürgern massiv deutlich gemacht:

„Dem Land gehört das Land und das Land bestimmt, was mit dem Land geschieht.“

Dies sehen wir anders!“

Wir werden uns weiter **gegen die Vernichtung besten Ackerlandes, mehrerer landwirtschaftlicher Existenzen, die Zerstörung der Natur, eines Naherholungsgebietes, wichtiger archäologischer Funde** und vor allen Dinge eine **enorme Lärm- und Schadstoffbelastung der gesamten Bevölkerung** auf dem Kleinen Heuberg **wehren**.

Wir können **nicht nachvollziehen**, dass vorhandene **Truppenübungsplätze** nicht genutzt werden können, weil sie mit **Munitionsresten** belastet seien.
Es gibt **Minenräumkommandos**, so wurde z.B. auch die ehemalige Zonengrenze nach der Wende rasch von Munitionsrückständen befreit.
Ebenso können wir die **Ablehnung vorhandener Flugplätze** und das Argument, die **Truppenübungsplätze** seien **zu weit** von Calw **entfernt, nicht akzeptieren**.

In der „Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ steht im Artikel 11 (Überprüfung und Berichterstattung) im Absatz c):

„Schutz von ruhigen Gebieten auf dem Land“.

Gleichzeitig steht im Artikel 2 (Geltungsbereich):

„Diese Richtlinie gilt weder für Lärm, der von der betroffenen Person selbst verursacht wird, noch für Lärm durch Tätigkeiten innerhalb von Wohnungen, Nachbarschaftslärm, Lärm am Arbeitsplatz, in Verkehrsmitteln oder **Lärm, der auf militärische Tätigkeiten in militärischen Gebieten zurückzuführen ist**“.

Das heißt im Klartext:

Wenn das Waldhof – Gelände erst militärisches Absetzgelände ist, kann niemand mehr Lärmreduktionen fordern, zumal Tag und Nacht und auch an Wochenenden geübt werden darf.

Durchschnittlich muss mit **15 – 30 Starts und Landungen** (je nach Flugzeugtyp, der zum Einsatz kommt) an den **Übungstagen** gerechnet werden mit **Flugzeugen**, die eine **Lautstärke von 52 bis 94 dB** in einer **Entfernung von 150 m** aufweisen (Sachverständiger Dr. Hähn in der Info – Veranstaltung).

Dazu muss man wissen, dass der **Schall bei einer Erhöhung um 10 dB** (also z.B. von 45 auf 55 dB) **von Menschen als doppelt so hoch empfunden wird**.

Selbstverständlich werden im **Lärmgutachten**, das von Dr. Hähn erstellt wird, diese weit **über** der **Lärmschutzgrenze** liegenden Werte **nicht** das **Ergebnis** sein, sondern deutlich **niedrigere Werte**, da alle auf das **Jahresmittel bezogen berechnet** werden.

Fakt bleibt jedoch, dass die Bevölkerung (Menschen und Tiere) auf dem Kleinen Heuberg und auch in Balingen an 120 Tagen im Jahr über den Lärmschutzgrenzen liegenden Werten ausgesetzt sein wird, nicht nur bei 15 bis 30 Starts und Landungen täglich, sondern auch beim Kreisen der Maschinen, wenn die Fallschirmspringer abgesetzt werden in 400 – 500 m Höhe.

Diese **Lärmbelastungen** finden in einem **Gebiet** statt, das bereits durch den **Schieferabbau** und den **Schadstoffausstoß** der Firma **Holcim stark belastet** ist.

Dürfen wir mit Ihrer Unterstützung im Kampf für den Erhalt des Waldhofs mit seinem guten Ackerland, dessen Bedeutung uns durch den Krieg in der Ukraine schmerzhaft bewusst wird, und den Schutz der Menschen und Tiere vor dieser enormen Lärm – und Schadstoffbelastung rechnen?

Wir laden Sie und Ihre Fraktion herzlich zu einem Gespräch mit uns vor Ort ein. Auch eine Führung bezüglich der archäologischen Funde mit dem Landesbeauftragten des Denkmalamtes für den ZAK können wir Ihnen anbieten.

Wir sind auch gern bereit, im Rahmen einer Fraktionssitzung zu Ihnen zu kommen.

Über eine baldige positive Rückmeldung würden wir uns sehr freuen!

Mit herzlichem Dank und freundlichen Grüßen

..... Tobias Vötsch
(Tobias Vötsch/ Tobias Hölle, Vorstände der Bürgerinitiative Waldhof)

Balingen, 16. April 2022

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Postfach 40 16· Balingen

Kreisverband Zollernalb

Postfach 4016
72322 Balingen
Tel.: +49 7433 / 9021500
info@gruene-zollernalb.de

Stellungnahme zum geplanten KSK-Absetzgelände auf der Landesdomäne Waldhof in Geislingen

Auf den Gemarkungen Malmsheim und Renningen unterhält die Bundeswehr ein Areal für Fallschirm-Luftlandungs-Übungen durch das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr und durch die US-Streitkräfte. In direkter Nachbarschaft betreibt die Robert Bosch GmbH ein Forschungs- und Entwicklungszentrum und das bisher militärisch genutzte Gelände soll für den weiteren Ausbau desselben genutzt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass für die Luftlandungs-Übungen ein Ersatzgelände gefunden wird. Die Landesregierung möchte gewährleisten, dass die Robert Bosch GmbH ihr Forschungszentrum weiter ausbauen kann, die Bundeswehr aber auch weiterhin ein Übungsgelände hat. Das Land ist bereit, seiner Verpflichtung nachzukommen, bei der Suche nach Ersatz zu unterstützen.

Aus einer von über 100 theoretisch möglichen, bereits auf 42 Standorte reduzierten Liste, wurde das Segelfluggelände in Haiterbach-Nagold als „am besten geeignet“ ausgewählt und ein Genehmigungsverfahren gemäß §30 Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) eingeleitet. Parallel dazu startete das Land Baden-Württemberg eine Bürgerbeteiligung. Mit der Pressemitteilung vom 17. Februar 2022 teilte das Staatsministerium – für die Menschen in Geislingen und Umgebung völlig überraschend – mit, dass die Landesdomäne Waldhof nach dem Scheitern der Pläne in Haiterbach fortan als Ersatzgelände dienen solle.

Geplant ist ein Areal von 1000 x 400 m in Nord-Süd-Ausrichtung. Innerhalb dieser Fläche soll eine Gras-Landepiste durch Bodenverdichtung hergestellt werden. Der Grund ist im Besitz des Landes Baden-Württemberg, wodurch es keiner Enteignungen wie in Haiterbach bedarf. Mit der größeren Entfernung zum Standort Calw hat sich die Bundeswehr offenbar abgefunden.

Auf dem Gelände wird durch lokale Landwirtschaftsbetriebe seit langer Zeit Ackerbau in Pacht betrieben. Für regionale Abnehmer:innen wird vorrangig Qualitätsgetreide, teilweise mit Bio-Zertifizierung angebaut.

Aufgrund der stark überdurchschnittlichen Qualität des Ackerbodens lassen sich stets sehr gute Erträge erwirtschaften. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich zudem zwei große Betriebe der Frischeier-Erzeugung mit Boden- und Freilandhaltung.

Durch das Absetzgelände ginge dieser Ackerboden für die Lebensmittelproduktion unwiederbringlich verloren. Der Lärm der startenden, landenden und das Gelände überfliegenden Luftfahrzeuge stellt eine Gefahr starker Beeinträchtigung des Wohlergehens von Menschen und Tieren der Umgebung dar.

Die Entscheidungskriterien für oder gegen einen potentiellen Standort sind nicht transparent, die Vergleichbarkeit der untersuchten Standorte für die Bürger:innen nicht ausreichend nachvollziehbar. Der bisherige Verlauf der Suche nach einem Gelände lässt darauf schließen, dass für die betroffene Bevölkerung entscheidende Parameter wie Lärmbelästigung, Art der landwirtschaftlichen Nutzung, Artenschutz und Tierwohl nicht adäquat bewertet werden. Augenscheinlich ist die kürzeste Wegstrecke zwischen der Kaserne und dem Übungsgelände das einzig ausschlaggebende Kriterium – dies ist inakzeptabel. Zumal am Waldhofgelände, im Gegensatz zu entfernteren Standorten, kostenintensive Infrastrukturmaßnahmen (Verlegung von Straßen, Gebäuderückbau, Entwaldung) ergriffen werden müssten. Weiterhin sei auf aktiven Truppenübungsplätzen eine Koordination von Sprung- und Schießbetrieb „unmöglich“. Beides erachten wir für höchst fragwürdig.

Um eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung für zukünftige Standortentscheidungen der Bundeswehr zu ermöglichen, bedarf es einer Debatte über ihre Sonderrechte bei derartigen raumordnerischen Eingriffen (z.B. über §30 LuftVG). Insbesondere müssen die Entscheidungskriterien transparent sein. Ebenso ist eine Angleichung militärischer an zivile Genehmigungsverfahren dringend erforderlich.

Für Die Grünen der Region ist die Entscheidung für ein Absetzgelände „Waldhof“ somit unverständlich und so nicht hinnehmbar. Die vermeintliche „Alternativlosigkeit“ zum Gelände Waldhof empfinden wir als Zumutung für den nahversorgenden Ackerbau, den Umwelt- und Naturschutz und letztlich die Steuerzahler:innen.

Daher fordern wir die Wahl eines alternativen Standorts für ein Absetzgelände, der evtl. weitere Anfahrtswege erfordert, aber den Schutz von Mensch und Natur deutlich stärker beachtet.

Die Vorstände
Kreisverband Zollernalb
Ortsverband Balingen

Die-Grünen-Mitglieder der Fraktionen im
Kreistag des Zollernalbkreises
Gemeinderat Balingen
Gemeinderat Geislingen im ZAK